JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 44 | 18. Juli 1919 | כ' תמוז תרע"ט | Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Die Aussichten des jüdischen Volkes.

Josef Barondess, Mitglied der amerikanisch-jüdischen Delegation in Paris, ist nach Amerika zurückgekehrt und hat einem Vertreter der New-Yorker „The Day and the Warheit" über die Aussichten des jüdischen Volkes nachstehende Information erteilt: (Es sei bemerkt, dass die Aeusserungen Barondess noch vor Unterzeichnung des Friedensvertrages und der darin enthaltenen Klauseln über den Schutz der Minoritäten gefallen sind. J.P.Z.)

Es sind die besten Hoffnungen und Aussichten vorhanden auf ein jüdisches Heim in Palästina und auf Erlangung nationaler und vollbürgerlicher Rechte der Juden in den Ländern, in denen ihnen dieselben noch vorenthalten sind. Ich habe nie so sehr wie gerade jetzt bedauert, dass wir Juden keine organisierte politische Regierung haben. Ich kann mich vom schweren Eindruck nicht befreien, den unsere Hilflosigkeit auf mich gemacht hat. Wir müssen immer noch mit unseren Bitten an den Pforten der Mächtigen pochen. Die anderen Nationen reden im Namen einer Macht und treten als Macht auf. Man rechnet mit ihnen als Machtfaktor, während uns nur Umwege und Hintertüren offen stehen. Man sieht wie hilflos ein Volk ist, das noch kein eigenes Heim und kein eigenes Land besitzt. Dennoch hat die Delegation des amerikanisch-jüdischen Kongresses unter Führung von *Julian Mack* und *Louis Marshall* Grosses geleistet, um den Auftrag den das amerikanische Judentum ihr erteilt hat, zu erfüllen. Ich kann nur bedauern, dass *Stephen Wise* Paris so früh verlassen musste. Er ist einer der besten Freunde Wilsons und diese Freundschaft ist nicht nur eine persönliche, sondern eine politische. Wilson hat grosses Zutrauen zu der Rednerkraft und moralischen Autorität Rabbiner Wise's. Die Sache des jüdischen Volkes hätte sicherlich viel gewonnen, wenn Rabbi Wise während der ganzen Dauer der Verhandlungen in Paris hätte bleiben können.

Ueber die Beziehungen Wilson's zu den Forderungen des jüdischen Volkes, äusserte sich Barondess: Es mögen meine eigenen Worte mitgeteilt werden: Wir haben noch niemals einen solchen Judenfreund gehabt wie Präsident Wilson. Unter den Verdiensten Wilson's werden mit ehernen Buchstaben seine grossen Verdienste um die Zukunft und das Glück des jüdischen Volkes eingeschrieben sein. Als Wilson sich überzeugte, dass die Forderung nationaler Rechte für die Juden wenig Aussicht auf Verwirklichung habe, hat er dieselben unter dem Namen von Minderheitsrechten durchgesetzt. Dies ist nur eines der vielen Beispiele, wie Wilson sich der Juden annimmt.

Bezüglich Palästinas und des zukünftigen jüdischen Heimes, antwortete Barondess: Die Zionisten haben nacheinander der Friedenskonferenz 4 verschiedene Projekte vorgelegt: jedesmal in vollster Uebereinstimmung mit Amerika und England. Mit dem letzten Projekt sind auch Frankreich und Italien vollständig einverstanden. Dr. Weizmann hat England gegenüber eine Rolle gespielt, die die Geschichte nur in Zukunft wird ganz würdigen können. Um dies zu verstehen, muss man wissen, dass in England angenommen wird, dass drei Juden einen Hauptanteil am englischen Siege haben, nämlich *Lord Reading, LordSamuels* und *Dr. Weizmann.* Weizmann's Tätigkeit als Experte und Erfinder der Explosivstoffe für England gab Weizmann Gelegenheit, Einfluss auf die englischen Regierungskreise zu gewinnen und seine Tätigkeit als jüdischer Diplomat zu beginnen. Sein Erfolg war schon von Anfang an ein glänzender. Man muss, um dies zu verstehen, nur die Hauptpunkte des letzten durch England und Amerika protegierten Projektes der jüdischen Forderungen inbezug auf Palästina in Betracht ziehen, ebenso das Prinzip, wonach die Macht, die das Mandat vom Völkerbund für die Verwaltung Palästinas erhalten wird, später das Land vollständig dem jüdischen Volk übergeben soll, wenn die dazu nötigen Bedingungen geschaffen sein werden. Ueberhaupt war es im gegenwärtigen Momente zweckmässig und wichtig, dass wir Juden nicht so sehr die äusserliche, demonstrative Souveränität, wie die innerlichen, faktischen Bedingungen für die Aufbauung des jüdischen Staates erhalten, und diese Bedingungen werden uns gegeben. Vor allem wird alles Eigentum der früheren türkischen Regierung, soweit es in den Grenzen des neuen Palästina liegt, dem jüdischen Volke übergeben, welches das Land verwalten wird. Weiterhin werden die jüdischen Feiertage als Nationalfeiertage anerkannt; die hebräische Sprache als gleichberechtigte, offizielle Sprache gemeinsam mit dem Englischen und Arabischen bestimmt; alle jüdischen Schulen und Kultur-Institutionen werden auf Kosten des Staates erhalten;

und endlich wird uns die vollständige Freiheit für die Einwanderung der Juden aller Länder gewährt. Ich bin der Ansicht, schloss Barondess, dass wir für unser Heimatland das Ideal in vollstem Masse erreicht haben. Ich muss noch hinzufügen, dass die Führer des Zionismus ihre Forderungen an die Friedenskonferenz nicht nur im Interesse des Zionismus, sondern im Interesse des gesamten jüdischen Volkes gestellt haben.

Ehrentitel für Dr. Weizmann.

Wie der Londoner Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ meldet, wurde am 5. Juli *Dr. Weizmann* von der Manchester Universität der Doktorgrad der Rechte *honoris causa* verliehen. Diese Auszeichnung wurde ihm zuteil in seiner Eigenschaft als Führer der zionistischen Bewegung und für die England während der Kriegszeit von ihm geleisteten Dienste. Der Rector magnificus, Prof. *Alexander* begrüsste in seiner Rede Dr. Weizmann als ehemaligen Professor der Universität Manchester, die er gleich bei Ausbruch des Krieges verlassen hat, um seinem Vaterlande als Gelehrter zu dienen und als Staatsmann seinem eigenen Volke zu helfen ein nationales Heim in Palästina zu gründen. Der Rektor sagte u. a.: „Die Universität in Jerusalem, zu deren Leiter Weizmann bestimmt ist, wird im rechten Moment geschaffen, und ebenso wie die Amerikaner bei Gründung von Kolonien einen Platz für eine Schule reserviert haben, wird auch die Universität von Jerusalem ein Symbol neuer Hoffnungen und das Zentrum des jüdischen Geistes sein.“

Andauernde Judenexzesse in Polen.

Die Delegation des Ostjüdischen Nationalrates in Wien telegraphiert der „Jüdischen Presszentrale Zürich“: In letzter Zeit veranstalteten Hallersche Soldaten und soeben eingezogene Rekruten Judenexzesse in Slomnik, Czemernik, Brzeznica, Ciechanòw und Lowicz. In Wieruszòw wird ausschliesslich die jüdische Bevölkerung, darunter selbst neunjährige Kinder zu Zwangsarbeiten herangezogen. Posener Soldaten plündern und rauben jüdisches Hab und Gut. In Tysowiec versuchten Rekruten die Juden zu drangsalieren, was nur dank dem energischen Einschreiten des dortigen Polizeikommissärs Przerowski vereitelt wurde. Infolge der Neuassentierung des 1899. Jahrganges veranstalten die Rekruten überall Judenausschreitungen. Die polnischen Witzblätter veröffentlichen seit längerer Zeit Karrikaturen englischer Juden, die sich mannhaft ihrer polnischen Brüder annehmen und hetzen unaufhörlich gegen jene.

Intervention zugunsten der verhafteten ostgalizischen jüd. Nationalräte.

Der Pressedienst der Delegation des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien meldet: Nach in Wien eingelangten Informationen beträgt die Zahl der verhafteten Mitglieder der jüdischen Nationalräte in Ostgalizien ungefähr 250. Ein grosser Teil von ihnen hat auf der Reise in die Interniertenlager Lemberg und Przemysl bereits passiert. Wo sie interniert werden, ist zurzeit noch unbekannt.

— Das Comité des Délégations Juives in Paris intervenierte bei den kompetenten Faktoren in Sachen der verhafteten und internierten Mitglieder der jüdischen Nationalräte in Ostgalizien. Der englische Oberst *Webster* verlangte die Vorlage eines genauen Verzeichnisses und versprach Schritte zu deren baldigen Befreiung zu unternehmen.

Die Morgentauische Kommission.

Paris. Die Kommission, zu deren Obliegenheiten die Minoritätenfrage in den einzelnen Staaten gehört, hat beschlossen, dass die von ihr bestimmten Klauseln in die einzelnen Friedensverträge aufgenommen werden müssen trotz des Widerstandes einzelner kleiner Nationen. Um die genaue Durchführung dieser Verpfichtungen kontrollieren zu können wird im Völkerbund besonders für diesen Zweck eine spezielle Kommission geschaffen werden. Gleichzeitig wurde auch bezüglich der Pogrome in Osteuropa beschlossen, die Vertreter der einzelnen Regierungen aufzufordern, genaue Berichte vorzulegen, unter Beifügung aus erster Quelle stammenden Materials. Infolgedessen harrt der Morgentauischen Kommission eine grosse Aufgabe.

Paris, 7. Juli. Die Morgentauische Kommission trifft die letzten Vorbereitungen für ihre Reise nach Polen. Gestern hat sich ihr Generalsekretär wegen entsprechender Lokalitäten nach Warschau gewendet. Die Kommission soll vorerst 3 bis 4 Wochen in Warschau verweilen, wo sie in Kontakt mit führenden polnischen und jüdischen Persönlichkeiten treten wird, um deren Meinung über die Vorfälle zu vernehmen und dort auch Einsicht in die Dokumente der verschiedenen Pogrom-Prüfungs-Kommissionen nehmen. Von Warschau wird sich die Kommission nach den verschiedenen Orten der Provinz begeben, wo Judenexzesse vorgekommen sind. Ueberall wird die Kommission einen Aufruf erlassen, dass alle Geschädigten oder diejenigen, die darüber etwas zu berichten wissen, sich bei der Kommission melden. Die Kommission, der drei jüdischsprechende Mitglieder angehören, rechnet mit einem Aufenthalt von 3 Monaten.

Warschau. Nach Berichten, die dem polnischen Aussenministerium vorliegen, wurde die amerikanische Untersuchnngskommission für den 13. in Warschau erwartet. Um der Kommission die Arbeit zu erleichtern, beruft das Ministerium eine Reihe von Konferenzen ein unter Beteiligung der jüdischen Landtagsabgeordneten. Die Kommission wird u. a. die rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Juden in Polen leben, studieren.

Weitere Anfragen wegen der Pogrome im englischen Unterhaus.

Die Anfragen an die englische Regierung wegen der Juden-Pogrome in Polen und in der Ukraine werden im englischen Parlament unaufhörlich fortgesetzt. Es vergeht keine Woche ohne dass ein Abgeordneter diesbezüglich die englische Regierung interpellierte. So erklärte *Cecil Harmsworth*, der Vertreter des Aussenministers auf die Anfrage von *Colonel Kenworthy*, Berichte seien eingelangt, wonach Juden ihr Leben ver-

loren hätten während der militärischen Operationen zwischen den bolschewistischen Armeen und den Truppen des ukrainischen Führers *Grigorieff,* der ein grosser Feind der Juden sei. Was die Frage wegen Grigorieffs Unterstützung durch die Alliierten betrifft, erklärte der Minister, dass die Alliierten ihm keine Unterstützung gewähren. Irgendwelche Schritte gegen diese Gewalttaten zu unternehmen, ist die englische Regierung nicht imstande, weil die Alliierten in den Operationsgebieten Grigorieffs keine Truppen besitzen. Auch die Anfragen des Abgeordneten *Lunn* beantwortete Harmsworth in ähnlicher Weise, wobei er betonte, dass verlässliche Berichte noch ausständen.

Sir *Kinloch-Cook* fragte den Minister an, ob er von der in den jüdischen Kreisen Englands herrschenden Entrüstung über die fortgesetzten schrecklichen Metzeleien an der schutzlosen jüdischen Bevölkerung Polens Kenntnis habe und ob er einen Ausweg wisse, um gemeinsam mit den Alliierten die nötigen Mittel zu ergreifen, diesen Gewalttaten ein Ende zu bereiten. *Harmsworth* erklärte, der Regierung sei die Entrüstung der jüdischen Kreise Englands bekannt. Was den zweiten Teil der Frage anlangt, so habe der englische Vertreter in Warschau sich bereits an die polnische Regierung wegen der Juden-Misshandlungen in Polen gewandt und auch der amerikanische Vertreter habe dasselbe getan. Er sei sicher, dass die Bemühungen der englischen und amerikanischen Vertreter erfolgreich gewesen seien, wie er es übrigens dem Abgeordneten von Hartlepool am 30. Juni erklärt habe und dass die polnische Regierung entschlossen ist, keine Gewalttaten und organisierten Attacken auf Juden und auf jüdisches Hab und Gut in Polen weiterhin zu dulden. Auf die Anfrage wegen der Veröffentlichung der Berichte der verschiedenen Prüfungskommissionen erklärte der Minister, dass diese Frage jetzt von der Regierung studiert werde.

Judenschlächterei in der Ukraine.

Vor einigen Tagen wurden weitere grosse Erfolge der antibolschewikischen Streitkräfte unter Führung *Grigorieffs* gemeldet. Hierüber schreibt „Manchester Guardian“: „Als die Franzosen unter dem Drucke der bolschewikischen Arme Odessa fluchtartig räumen mussten, fiel die Stadt in die Hände eines gewissen Grigorieff, der sich aus Opportunitätsgründen anfänglich für einen Bolschewiken ausgab. Als sich nun die Bolschewiken unter dem Druck Denikins aus der südöstlichen Ukraine zurückziehen mussten, erklärte sich plötzlich Grigorieff als Antibolschewik und geniesst nun in dieser Eigenschaft die Sympathie und die Unterstützung der Entente. Er mordet die Juden auf grausamste Art und wird die Zahl der in der Ukraine hauptsächlich von Grigorieff ermordeten Juden in jüdischen Berichten mit hunderttausend angegeben. Diese Zahl ist freilich nur schätzungsweise gemeldet und kann im Detail nicht belegt werden, aber selbst wenn man dabei einen Irrtum oder eine Uebertreibung in Betracht zieht und berücksichtigt, weist alles auf ein Massaker hin, wie es seit jenem berüchtigten Kosakenaufstand vor ungefähr 250 Jahren in jenen Gebieten nicht wieder vorgekommen ist und dem gegenüber die letzten Judenverfolgungen in Polen und Litauen fast eine liebevolle Behandlung darstellen.

Die Entente hat in dieser Angelegenheit mehr als bloss allgemein menschliche Verantwortung, da sie mit den Urhebern und Veranstaltern dieser in der Geschichte der Neuzeit unerhörten und nicht dagewesenen Greueltaten politisch assoziiert ist und wenigstens einen Teil dieser Urheber mit Waffen, Lebensmitteln, Ausrüstung und Geld unterstützt. Die Entente hat sowohl die Macht als auch die Pflicht, auf ihre Schützlinge einzuwirken, dass sie Mord und Schändung einstellen. Es handelt sich nicht bloss um Juden. Denn was man bisnun den Juden allein antut, wird ohne Zweifel später auch Anderen angetan werden und wenn nicht der stärkste Druck ausgeübt wird, wird ein weisser Terror der Nachfolger des jetzigen roten Terrors sein und seine blutigen Spuren über die mit Menschenblut bereits genügend getränkten Gefilde Russlands ziehen und Tausende und Abertausende Lebewesen zum grauenvollsten und qualreichsten Tod bringen.“

— Der russische Korrespondent der „Times“ berichtet aus *Jekaterinodar,* dass in Südrussland Zustände wie im 17. Jahrhundert herrschen. Das Land werde von Banden überschwemmt, die unter Befehl verschiedener Häuptlinge stehen, wie *Grigorieff, Zeliony, Trepoff* u. A. Diese kämpfen einerseits gegen die Bolschewisten, anderseits aber auch gegen die Zivilbevölkerung. *Am meisten heimgesucht werden die Juden.* Die Bolschewisten, wie auch die ukrainischen Banden gleichen sich beide darin, dass sie Judenpogrome von ungeheurem Umfange inszenieren.

Erklärung der Omsker Regierung über die Judenfrage.

Anlässlich der Eröffnung der Nationalversammlung in Omks erklärte der Premier-Minister *Wologatzky* in einem Interview den Vertretern der Presse, dass sowohl er wie auch seine Minister-Kollegen jedem Antisemitismus fernstünden. Ueberhaupt sei in Sibirien jeder Judenhass unbekannt. Wenn auch im Jahre 1905 in gewissen sibirischen Städten antijüdische Unruhen vorgekommen seien, so waren dies jedoch keine Pogrome, die dem Hass der eingeborenen Bevölkerung gegen die Juden entsprungen wären, sondern von eingewanderten Elementen künstlich hervorgerufen. Für die sibirische Regierung kommt bei Besetzung von Regierungsstellen und Vertrauensämtern Nationalität und Religion nicht in Betracht. Viele Juden bekleiden wichtige administrative Stellen. Auch unter den Richtern gibt es zahlreiche Juden. Die Omsker Regierung betrachte den Antisemitismus als gegen die Interessen des Staates und die Rechte des Volkes gerichtet und wird jeden Versuch, ihn im Lande zu verbreiten, bekämpfen.

London. „Daily Herald“ bringt eine Korrespondenz aus Wladiwostok, wonach in ganz Sibirien eine schreckliche Progrom-Agitation geführt werde. Auf einer kürzlich in Irkutsk stattgefundenen Zusammenkunft der sibirischen Juden wurde eine energische Protestresolution gegen die unaufhörliche Pogrom-Agitation des offiziellen Organs der Regierung Koltschaks „Rusky Wojen“ gefasst. Die russischen Offiziere machen kein

Hehl daraus, dass sie für die ihnen während der Zeit der Revolution angetane Beleidigungen an den Juden Rache nehmen wollen. Die Omsker Regierung sendet massenweise Geistliche an die Front, die einen Kreuzzug gegen die Juden predigen. Der Korrespondent hat von angesehenen Führern der Omsker Regierung wie General Romanowski, General Iwanoff, Rikoff und General Sarawoff gehört, dass man im Kampfe gegen den Bolschewismus vor allen mit den Juden abrechnen müsse. Der Korrespondent gibt der Befürchtung Ausdruck dass die Armee Koltschaks bei einer eventuellen Einnahme Moskaus dort ein schreckliches Blutbad unter den Juden anrichten werde.

Chronik.

Polen.

Der polnische Kriegsminister gegen die Pogromtätigkeit der Soldaten.

Das polnische Pressb. veröffentlicht einen Erlass des Kriegsministers Lisniewski vom 27. Juni, welcher sich scharf gegen die Teilnahme des Militärs an den Pogromen richtet und energische Bestrafung für den Wiederholungsfall in Aussicht stellt. Es ist bemerkenswert, dass dadurch zum erstenmal die militärische Pogromtätigkeit offiziell zugegeben wird. Im übrigen bleibt abzuwarten, ob der Erlass ernst gemeint ist und ob die angekündigten Massregeln durchgeführt werden, oder ob es sich wieder nur um Augenauswischerei handelt. Es wäre jedenfalls höchste Zeit, dass Polens verantwortliche Männer zur Besinnung kommen.

(Wr. Morgenztg.)

Gegen die antisemitischen Requisitionen in Polen.

Der Oberkommandant der litauisch-weissrussischen Front, Graf Szeptycki, erliess einen Befehl gegen die willkürlichen Kontributionen und Requisitionen bei der jüdischen Bevölkerung. Graf Szeptycki kündigte an, dass er solche Kontributionen und Requisitionen als Plünderungen behandeln und schwer bestrafen werde.

Der Innenminister über den Pogrom in Zawierce.

Auf die Anfrage des nichtjüdischen Abgeordneten *Arciszewski* wegen des Pogroms in Zawierce erklärte der Minister des Innern u. a.: Leutnant Minkiewicz hat laut Bevollmächtigung einen durchfahrenden Zug mit Posener Militär angehalten, um in Zawierce die Unruhen zu unterdrücken. Der vor dem Magistrat versammelte Pöbel wurde sofort auseinander gejagt. Bedauerlicherweise verstand es einer aus dem Pöbel, dessen Name noch nicht festgestellt werden konnte, die Posener Truppen zu überzeugen, dass man den Pöbel, der angeblich von den Juden überfallen worden sei, nicht auseinanderzutreiben brauche, sondern im Gegenteil vor jüdischen Ueberfällen schützen müsse. Das Posener Militär, das die dortigen Verhältnisse nicht kennt, hat der Irreführung Glauben geschenkt, und begab sich ins jüdische Quartier, das sich auf einer ganz anderen Seite der Stadt befindet. Das Resultat war ein ernstes: 2 Personen wurden getötet, 14 verwundet, sowie einige Geschäfte und Wohnungen geplündert. Auch einzelne Personen wurden beraubt. *Gelitten haben ausschliesslich Juden.*

Dazu bemerkt der Hajnt: „Und wo sich Leutnant Minkiewicz befand, als ein gewisser Jemand agitierte und die ganze Abteilung der Posener Truppen überzeugte, dass die Juden die Christen überfallen, wird in dieser offiziellen Meldung nicht gesagt".

— Wegen der Judenexzesse am *Soliec* in *Warschau* schreibt der „Kuryer Poranny": Der polnische Landtag hat die Exzesse gegen die Juden verdammt. Dasselbe müsste auch das ganze polnische Volk tun. Ueberhaupt sollte die polnische Oeffentlichkeit trachten, die schändliche und strafwürdige Agitation unmöglich zu machen, die zu solchen Exzessen führt, weil diese Agitation in letzter Zeit einen derartigen Zynismus erreicht hat, dass gewisse Elemente öffentlich fordern, dieser Agitation vollste Freiheit in ihrem Treiben zu gewähren. Die Gegner dieser Agitation werden als Gegner der polnischen nationalen Idee bezeichnet, was ein schrecklicher Wahnsinn ist und dem polnischen Volk sehr gefährlich werden könnte. Das polnische Volk muss von heute an mit seiner ganzen Energie gegen diese schändliche Hetze auftreten und sie mit allen Mitteln bekämpfen.

Die Alliierten sollen Polen für 25 Jahre besetzen.

Der „Goniec Krakowski" bringt die sensationelle Meldung, dass in den Kreisen der Alliierten das Gerücht verbreitet sei, wonach die Alliierten in Polen für die Dauer von 25 Jahren die Administration übernehmen wollen, weil in Polen Unordnung herrsche und jede einzelne Provinz auf eigene Faust Politik treibe. Es ist charakteristisch zu bemerken, dass, während die polnische Presse beim Vertrage über den Schutz der Minoritäten über Missachtung der polnischen Souveränität Jammerklagen ausstiess, dieses Gerücht, das zweifelos die Souveränität Polens in weit höherem Masse betrifft, ruhig hinnimmt und die verschiedenen Zeitungen klarzumachen versuchen, wie gut und nützlich eine Administration durch die Alliierten für einen grossen Teil der Verwaltung sein würde.

— Nach zuverlässigen Meldungen hat ein grosser Teil der in der Hallerschen Armee stehenden amerikanischen und französischen Soldaten den Dienstvertrag gekündigt, um in die Heimat zurückkehren zu können. Der Grund hierfür ist, dass die Ausländer über die Verhältnisse in Polen sehr entäuscht sind. Besonders tiefen Eindruck haben auf die Amerikaner die Judenpogrome gemacht.

— Laut „Goniec Krakowski" haben die Alliierten beschlossen alle Soldaten von 35 bis 45 Jahren von der Hallerarmee zurückzurufen, die französische oder amerikanische Untertanen sind.

— Die Konferenz der jüdischen Kaufleute Polens deren Abhaltung verboten war, ist jetzt gestattet worden.

Galizien.

Eine Lemberger jüdische Delegation in Warschau.

Warschau. Eine aus den Herren Dr. Schreiber und Dr. J. Korkis bestehende Delegation der Lemberger Juden

ist in Warschau eingetroffen, um bei der Regierung für die Einstellung der Verfolgungen der jüdischen Bevölkerung in Ostgalizien zu intervenieren. Unter Führung des Abgeordneten Dr. Thon sprach die Delegation beim Minister des Innern Wojciechowski vor, dem sie unter Anführung von vielen Tatsachen das an den Juden geübte Unrecht darstellte. Der Minister erwiderte der Delegation, dass nach seinen Informationen in Ostgalizien mehr oder weniger gute (!) Beziehungen herrschen, und dass ihm bis nun aus Ostgalizien keine Klagen zugekommen seien.

Bezüglich der Heranziehung der Juden zu Zwangsarbeiten versprach der Minister, nach Massgabe der militärischen Lage die nötigen Verordnungen zu erlassen. Hinsichtlich der internierten Juden versprach er, nach Uebergabe eines genauen Verzeichnisses der Internierten die Ursachen der Internierung zu prüfen und die Befreiung derjenigen, gegen die nichts vorliegt, zu veranlassen. Der Minister versicherte wiederholt, dahin wirken zu wollen, dass alle Reibungen zwischen den polnischen Behörden und der jüdischen Bevölkerung beseitigt werden.

Emigrationsbewegung in Galizien.

Der nichtjüdische Goniec (Krakau) meldet aus Jaslo, dass unter den dortigen Juden eine grosse Bewegung zwecks Emigrierung nach Amerika eingesetzt hat. Laut erwähnter Zeitung sind Gerüchte verbreitet, dass die ganze Bevölkerung des Bezirkes von Jaslo auszuwandern bereit sei.

Rumänien.

— Das Kopenhager Zionistische Bureau teilt mit: Die rumänische Gesandtschaft in Wien (eigentlich Gesandtschaft der Bukowina, da Rumänien noch im Kriegszustand mit Deutsch-Oesterreich ist) veröffentlicht folgendes Communiqué:

„Auf Anordnung des rumänischen grossen Hauptquartiers können nur solche Personen auf Reisedokumente nach Rumänien und der Bukowina reflektieren, die ihre Heimatszuständigkeit nach diesen Ländern unzweifelhaft nachweisen können.“

Diese Massnahme richtet sich gegen die Kriegsflüchtlinge, und insbesondere gegen die Juden aus den von Rumänien okkupierten Gebieten, die sich zur Zeit im Auslande befinden und die man auf diese Weise gern los werden möchte. Man erkennt aus diesem kleinen Zug, was es mit den Nachrichten der rumänischen Pressagenturen, die andauernd behaupten, dass „der Geist der rumänischen Regierungskreise sich geändert habe,“ für ein Bewenden hat.

Bukarest. Eine mehrgliedrige Kommission, an deren Spitze Herr *Marcus* steht, wurde nach Palästina entsendet, um die Emigrationsverhältnisse für auswandernde Massen aus Rumänien zu studieren.

Deutsch-Oesterreich.

Pogromhetze in Wien.

Auf der Gemeinderatssitzung vom 9. Juli stellte Dr. *Plaschkes* an Bürgermeister *Reumann* eine Anfrage wegen der derzeit auch in Wien betriebenen Pogromhetze und forderte unter Vorlegung aufhetzerischer Klebe- und Flugschriften den Bürgermeister als verantwortlichen Hüter der Sicherheit auf, diesen hetzerischen Angriffen gegen die Juden mit derselben Entschiedenheit und Entrüstung entgegenzutreten, wie es z. B. der Linzer Arbeiterrat jüngst in einem ähnlichen Fall ungesäumt getan hat.

Die Antwort des Bürgermeisters lautete:

Der Interpellation liegen Klebezettel mit verschiedenen Zuschriften und ein Flugblatt bei, in dem gesagt wird, dass der Vernichtungsfriede ein Werk der Juden ist. Es ist tief bedauerlich, dass in dieser schicksalschweren Zeit eine gewisse Clicque sich derartige verhetzende, die Bevölkerung aufregende Dinge erlaubt. Es muss dieses Beginnen auf das schärfste verurteilt und tief verabscheut werden. Gerade in der jetzigen Zeit, wo wir so viel Zündstoff angehäuft haben, ist es eine Gewissenlosigkeit, noch mehr Zündstoff anzuhäufen. Hoffentlich wird im Betretungsfalle gegen die Verbreiter solcher verhetzender Flugschriften mit jener Schärfe, die in der Gegenwart geboten ist, vorgegangen werden. Ich möchte aber noch bemerken, dass in Wien nicht der Boden für eine derartige Hetze gefunden wird und ich bin vollkommen überzeugt davon, dass die Massen der Arbeiterschaft sich nicht zu Judenpogromen werden hinreissen lassen. Ich glaube, es genügt, wenn in öffentlicher Gemeinderatssitzung der Versuch zur Aufhetzung auf das schärfste verurteilt wird.

Deutschland.

Die Trennung von Staat und Kirche.

Die Bildung der neuen Regierungs-Koalition unter Ausscheiden der demokratischen Partei hat dem Zentrum einen Erfolg verschafft, der in orthodoxen jüdischen Kreisen mit Befriedigung begrüsst werden wird: die Privatschulen dürften in ihrem Bestande, solange die gegenwärtige politische Konstellation andauert, als gesichert gelten. Nach den getroffenen Abmachungen soll die Neuerrichtung von Privatschulen nur dann versagt werden können, wenn die Schulen in ihrem inneren Aufbau hinter den staatlichen Minimalforderungen zurückbleiben.

Man darf nach dem ganzen Verlaufe der Verfassungsberatungen, die doch gezeigt haben, dass keiner Partei die Entfesselung eines Kulturkampfes in diesen schweren Zeiten erwünscht wäre, überhaupt erwarten, dass es zu einschneidenderen Massnahmen in der Richtung der Trennung von Staat und Kirche in absehbarer Zeit wohl kaum kommen wird. (Israelit Frft. a. M.)

— Wie eine Berliner Korrespondenz mitteilt, schweben gegenwärtig Erwägungen über eine Beseitigung der religiösen Eidesformel. Diese Frage wird demnächst einer Lösung entgegengeführt, um den Gewissenszwang auf diesem Gebiete zu beseitigen. Bei Vernehmungen dürfte die Versicherung, die Wahrheit zu sagen, als ausreichend erachtet werden, wobei die Verletzung der nichtreligiösen Formel ebenso unter Strafe gestellt werden soll wie zurzeit der religiöse Eid.

— Aus Ratibor wird geschrieben: In das Gefängnis eingeliefert werden nahezu täglich polnisch-jüdische Flüchtlinge, die aus Anlass der in Polen stattfindenden Judenpogrome Polen verlassen und in Scharen über

die deutsche Grenze treten, selbst auf die Gefahr hin, von den an der Grenze stehenden Legionären erschossen zu werden. Die Flüchtlinge übertreten dabei allerdings die auf Grund des Belagerungszustandes erlassenen Grenzverordnungen, wissen das auch; sie nehmen aber lieber die sie betreffende kleine Strafe in Kauf, nur um der polnischen Hölle entronnen zu sein. Der Uebertritt über die Grenze erfolgt hauptsächlich in den Kreisen Lublinitz, Rosenberg und Kreuzburg.

Italien.

— Die Mailänder „Sera" vom 22. Juni bringt ein längeres Interview ihres Redakteurs mit dem Sekretär der zionistischen Föderation, Dr. Dante *Lattes*, worin das jüdische Problem und die jüdischen Forderungen in allen Umfängen, sowohl bezüglich Palästinas als auch bezüglich der nationalen Rechte in der Diaspora und derjenigen in den Kolonien der Mittelmeerstaaten behandelt ist. Das Interview wurde auch von der „Unita Catolica" gänzlich abgedruckt.

England.

Vortragstournee von Dr. Weizmann.

Der Londoner Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: *Dr. Weizmann* bereist jetzt eine Reihe von englischen Provinzstädten, um die jüdischen Massen über den derzeitigen Stand der Palästinafrage zu informieren und sie für die grossen Arbeiten zu begeistern, die der gegenwärtige wichtige Moment erfordert. In Liverpool sagte Dr. Weizmann u. a.: *„Seid unbesorgt, Palästina ist bestimmt unser. In drei bis vier Wochen wird Palästina offiziell als „Jüdisches Heim" proklamiert werden.* Diese Bemerkung löste solche Begeisterung aus, dass die Zuhörer Dr. Weizmann auf Händen durch die Strassen trugen. Als zweite Stadt wird Weizmann demnächst Manchester besuchen, wo bereits aussergewöhnliche Vorbereitungen zu seinem Empfang getroffen werden.

L. Joffe kommt nach England.

Die englische Regierung erklärte auf eine Anfrage des Abgeordneten Ormsby Gore, dass sie den jüdischen Dichter Joffe, der s. Zt. in Wilna von den Polen verhaftet worden war und dann auf Intervention des englischen Gesandten in Warschau befreit wurde, nicht nur gestatte, nach England zu kommen, sondern auch nach Möglichkeit ihm Erleichterungen für die Reise verschaffen wird.

— Laut „Jewish Times" sind aus Paris die Herren *Neiditsch* und *Zlatopolsky* als Delegierte der Ukraine in einer speziellen Mission nach London gekommen, um mit der englischen Regierung Beratungen zu pflegen über Verhütung weiterer Pogrome in der Ukraine.

Skandinavien.

Eine dänische Handelsgesellschaft für Palästina.

In Kopenhagen hat sich eine Aktiengesellschaft gebildet, die mit einem Kapital von 1 Million Kronen den Handel in Palästina zu entwickeln und den Verkehr mit diesem Lande und dem Auslande auszudehnen beabsichtigt.

— Zur Zentralisierung der Agudas Jisroel Bewegung in den skandinavischen Ländern, ist nunmehr in Kopenhagen das „Skandinavisk Bureau for Agudas Jisroel" unter Leitung von *Julius Hollander* eröffnet worden.

Amerika.

Autonome jüdische Kolonien in West-Amerika.

Dem Londoner Vertreter der „Jüdischen Morgenpost" wird aus New York telegraphiert, dass führende jüdische Kreise eine grosse Kolonisierungs-Aktion im Westen Amerikas vorbereiten, die sich damit zu beschäftigen hat, den gewaltigen jüdischen Emigrationsstrom aus Russland und Polen zu regeln. Die Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung wegen Abgabe entsprechenden Bodens für diesen Zweck und wegen Erteilung vollster Autonomie für diese jüdischen Kolonisten sind bereits in vollem Gange und man erwartet gute Resultate.

— Die jüdischen Arbeiter New-Yorks planen für Mitte Juli einen Demonstrationszug gegen die Pogrome in Ost-Europa. An ungefähr 30 Stellen sollen gleichzeitig Demonstrationsversammlungen unter freiem Himmel stattfinden, bei denen bekannte jüdische und nichtjüdische Politiker als Redner vorgemerkt sind. In den einzelnen Versammlungen wird eine gleichlautende Resolution eingebracht werden, die eine eigene Abordnung Wilson überbringen soll. Die jüdischen Arbeiter fordern die sofortige Einstellung jeglicher Lebensmittel- und Materialausfuhr nach Polen u. die Behandlung Polens als feindlichen Staat, falls noch die geringsten Ausschreitungen gegen die Juden vorkommen sollten. Gleichzeitig fordern sie, dass eine einseitig aus Juden zusammengesetzte Kommission die durch die Pogrome den Juden zugefügten Schäden feststelle, die die Polen ohne jedwedes Recht auf ein Veto zu bezahlen hätten, wobei sich die Arbeiter auf das Beispiel des Versailler Friedensvertrages berufen.

Palästina.

Die Wahlen für die jüdische Konstituante in Jerusalem.

London. Nach einer Meldung aus Jerusalem sind die Wahlen für die jüdische gesetzgebende Versammlung bis Oktober aufgeschoben worden.

— Der Provisorische Nationalrat von Palästina hat in seiner 5. Versammlung, die vom 11. bis 13. Siwan tagte, u. a. folgende Beschlüsse betreffs der jüdischen Stadtwahlen von Jerusalem gefasst: Der vereinigte Rat hat, nachdem er beide gegnerische Parteien wegen der Wahlen des jerusalemischen Stadtrates einvernommen hat, beschlossen, nachdem die Wahlen schon vorgenommen und der Rat schon gewählt worden ist, sei es im Interesse der Vereinigung der Jerusalemer Gemeinde, dass der Rat bestehen bleibe bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung, die die Statuten über die Ordnung der Gemeinden und die Wahl ihrer Räte schaffen wird. Dann wird sie auch über die Abschaffung der Wahlen des Rates von Jerusalem beschliessen. Da ein Teil der Jerusalemer Bevölkerung aus prinzipiellen Gründen keinen Anteil an den Wahlen genommen hat, beschliesst der Nationalrat, dass der Stadtrat Mitglieder kooptieren soll aus jenen Elementen, die an den Wahlen keinen Anteil genommen haben. Eine spezielle gemischte Kommission worin beide Parteien in gleicher Zahl vertreten sind, soll die Zahl der Mitglieder bestimmen. Bei gleicher Stimmenzahl will der provisorische Rat noch ein Mitglied wählen, das dann imstande sein wird einen Mehrheitsbeschluss herbeizuführen.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich